

Zur zweiten Röhre am Gotthard

Was bedeutet diese künftige Volksabstimmung für Uri?

Markus Stadler, Ständerat

Wir stehen kurz vor dem Ergreifen des Referendums gegen die zweite Röhre, die Volksabstimmung wird voraussichtlich im Jahr 2016 stattfinden. Die wichtigsten Argumente sind ausgetauscht. Aus meiner Sicht geht es mit einem Nein vor allem darum, den Alpenschutz und die Verlagerungspolitik, denen heute schon nur zum Teil nachgelebt wird, nicht weiter zu schwächen. Wir wollen im Urnerland in Stuben wohnen und nicht in einem Verkehrskorridor der EU. Der Brenner lässt grüssen!

Was hätten wir in Uri von einem Ja zu erwarten? Die Nationalstrasse ist seit 2008 Sache des Bundes, nicht mehr des Kantons. Das heisst, unsere eigenen Behörden haben bei der künftigen Gestaltung der Nationalstrasse nicht mehr viel zu sagen. Bern wird entscheiden.

Ein Ja zu einer zweiten Röhre wäre ein starkes Signal an die Länder im Norden und Süden, dass wir es mit der Verlagerungspolitik noch weniger ernst nehmen. Wenn auf Grund des nationalen und internationalen Drucks in einigen Jahren alle vier Spuren dem Verkehr geöffnet sein werden, wird die Gotthard-Passstrasse nicht mehr Teil der Autobahn, sondern neu der Kantonsstrasse sein. Betrieb und Unterhalt werden dann vom Kanton Uri bezahlt werden müssen.

Wenn dieser zu erwartende Druck die Versprechen des heutigen Bundesrats überstimmt, wie er auch die damaligen Versprechen von Bundesrat Hürlimann überstimmt hat, dann wird der Verkehr immer dann zunehmen, wenn es der Wirtschaft im Norden und Süden gut geht. Wir werden dann noch mehr von dem abhängig sein, was das Ausland bestimmt.

Nimmt der Verkehr dermassen zu, dass die gegenseitige Behinderung auf der Nationalstrasse Viele stört, dann drängt sich wie von selbst eine dritte Spur auf der Rampe Amsteg-Göschenen auf, denn diese ist relativ steil und führt zu Stockungen. Überhaupt wird man sich mehr und mehr fragen, weshalb die Strecke Flüelen-Amsteg nicht auch dreispurig betrieben wird, nachdem von Luzern zwei und vom Axen her eine Nationalstrassenspur nach Uri führen. Ist doch alles logisch! Nur eben logisch aus einer beschränkten Sicht, der Uri und seine Bewohnerinnen ziemlich egal sind.

Wenn Uri selbst Ja stimmen sollte, was es bisher nie getan hat, dann wird man das in Bern selbstverständlich so werten, dass wir die zweite Röhre wollen. Unsere anderen, auch strassenseitigen Anliegen, müssen dann zurückstehen. Man wird uns jahrelang vorhalten, wir hätten ja die zweite Röhre, die sei teuer genug. Zur Bundes-Mitfinanzierung der kostspieligen kantonalen Alpenstrassen, für die das UVEK heute schon nicht Hand bieten will, wird man noch weniger Verständnis aufbringen. Ob man uns dann noch einen teuren Axentunnel für die Bahn zugesteht, nachdem in „Uri“ dermassen viel Geld für die zweite Röhre ausgegeben wurde, ist fraglich. Andere Regionen in der Schweiz werden mit ihren Anliegen auch zum Zug kommen wollen.

Wenn die Schweiz aber Nein gesagt hat zur zweiten Röhre und Uri mit dabei ist in diesem Widerstand gegen den grenzenlosen Verkehr, dann wird man bei der Sanierung auf unsere Anliegen eingehen müssen und unsere Behörden werden auch viel eher in der Lage sein, andere, für Uri wichtigere Anliegen in Bern vorzutragen.

Die Sanierungsarbeiten rufen gemäss Bundesrat in jedem Fall nach einer Vorinvestition, die ihrerseits zu einer Tunnelschliessung von 140 Tagen führt. Während dieser Zeit wird es im Falle eines Ja zur zweiten Röhre keine Bahneinrichtungen geben, die Autos oder Lastwagen nach Süden transportieren. Diese Vorinvestition wird man nicht zu den grossen Reisezeiten tätigen, also zeitlich

eher Richtung Winter. Fällt dann gleichzeitig Schnee, dann sind nicht nur die Touristen, die Uri suchen, sondern auch unsere Unternehmer, die nach Süden wollen, vom Autoverkehr abgeschnitten. Und zwar total. Bei einer Sanierung ohne zweite Röhre wird es demgegenüber einen Bahnverlad geben.

Bei der Diskussion im Ständerat haben auch Redner für den Bau einer zweiten Röhre mit halber Benützung votiert, die sich vor wenigen Jahren noch – beim Gegenvorschlag zu AVANTI – für einen vierspurigen Betrieb eingesetzt haben. Eine Besonderheit bildete ein Ratskollege aus dem Kanton Schwyz. Er sagte als Befürworter einer zweiten Röhre u.a.: „Mit der vorgeschlagenen Sanierungsvariante machen wirauch etwas für die nachhaltige internationale Zusammenarbeit: Wir behalten ein wichtiges Verhandlungspfand in der Hand. Dieses dürfen wir nicht preisgeben.“ Ausverkauf des Alpenschutzes - der Heimat - also. Brutal, aber wenigstens ehrlich. Hüten wir uns am Gotthard und lassen wir uns nicht für dumm verkaufen!

21.9.2014